



Mainz, den 02.10.2020

Pressemitteilung

Tag des Flüchtlings 2020: Menschen & Rechte sind unteilbar - Keine Entrechtung von Flüchtlingen!

Zum diesjährigen Tag des Flüchtlings, der unter dem Motto „Menschen & Rechte sind unteilbar“ steht, fordern der AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V., Aktiv für Flüchtlinge RLP und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP eine uneingeschränkte Einhaltung von menschenrechtlichen Standards in der Flüchtlingspolitik.

„**Menschen & Rechte sind unteilbar**“ bedeutet zunächst das Recht auf Flucht. Ein Recht, das leider in den letzten Jahren immer mehr eingeschränkt und unterlaufen wurde: Die Zurückweisung von Flüchtlingen an europäischen Land- und Seegrenzen, das Schließen der sogenannten „Balkan-Route“ und die jüngsten Ereignisse auf Lesbos sind Beispiele dafür. Viele der Menschen, die Schutz suchen und benötigen, kommen gar nicht in Europa an, sondern werden auf dem Weg dahin zurückgewiesen, weggedrängt, weggesperrt. Sie erleben Haft unter menschenunwürdigen Bedingungen, Misshandlungen, Folter, werden wie Sklaven behandelt oder sterben im Mittelmeer. *„Dies ist die harte, traurige Realität“*, meint Annika Kristeit von Aktiv für Flüchtlinge RLP.

„**Menschen & Rechte sind unteilbar**“ bedeutet auch das Recht auf Schutz und das Recht auf Bleiben in Sicherheit unter menschwürdigen Bedingungen. Eine Einhaltung dieser Rechte ist mit einer Ankunft in Deutschland nicht automatisch gegeben: Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, eingeschränkter Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt, eingeschränkte medizinische Versorgung und begrenzte soziale Teilhabe aufgrund von gekürzten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken, dass Flüchtlinge für Jahre am Rande der Gesellschaft bleiben. *„So werden viele von ihnen bewusst und drastisch von Integrationsmöglichkeiten ausgeschlossen“* so Pierrette Onangolo, Geschäftsführerin des AK Asyl – Flüchtlingsrates RLP e.V.

Nach dem positiven Ausgang eines Asylverfahrens machen es Restriktionen wie z.B. Wohnsitzauflagen und Einschränkungen beim Familiennachzug vielen Schutzberechtigten unnötig schwer, in ihrer neuen Heimat Fuß zu fassen. Der Weg zur Niederlassungserlaubnis und schließlich zur Einbürgerung ist gepflastert mit Anforderungen und Erteilungsvoraussetzungen, die von den Betroffenen kaum zu erfüllen und vielfach unzumutbar sind.

Nach einem negativ abgeschlossenen Asylverfahren ist die Perspektivlosigkeit der Betroffenen noch dramatischer: Als „Ausreisepflichtige“ leben sie - weil eine Ausreise aus vielen guten Gründen nicht möglich ist - über viele Jahre mit einer Duldung in Deutschland. In Rheinland-Pfalz waren es Ende Juni dieses Jahres etwa 10.000 Menschen. Das Erlangen eines dauerhaften Aufenthalts aus der Duldung heraus ist schwer. Die bestehenden gesetzlichen Bleibe-



rechtsregelungen sind nicht ausreichend und die Messlatte der Anforderungen an die Geduldeten liegt für viele unerreichbar hoch. Deshalb bleiben sie mit diesem prekären Aufenthaltsstatus ohne Perspektive, in Unsicherheit und Angst vor einer Abschiebung.

„Eine humane Flüchtlingspolitik braucht einen rechtlichen Rahmen, der im Interesse der Betroffenen und der Gesamtgesellschaft die Realitäten anerkennt und - statt auf Abschottung, Ausgrenzung und Integrationsverhinderung - auf Offenheit, Gleichberechtigung und Integrationsförderung setzt“, sagt Torsten Jäger, Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in RLP.

„Menschen & Rechte sind unteilbar“ bedeutet, dass menschenrechtliche Standards in der Flüchtlingspolitik uneingeschränkt gelten müssen. Anlässlich des Tages des Flüchtlings 2020 fordern der AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V., Aktiv für Flüchtlinge RLP und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP deshalb insbesondere:

- die Eröffnung von sicheren und legalen Zugangswegen zu einem fairen und rechtsstaatlich garantierten Asylverfahren;
- die schnelle dezentrale Unterbringung von Schutzsuchenden und Schutzberechtigten in den Kommunen und den Zugang zu Integrationsförderung vom ersten Tag des Aufenthaltes;
- den Verzicht auf diskriminierende und integrationsverhindernde Restriktionen gegenüber Schutzberechtigten und die Eröffnung gangbarer Wege zu Aufenthaltssicherheit und gleichberechtigter Teilhabe;
- eine Bleiberechtsregelung für Geduldete, um ihnen einen sicheren Aufenthalt und eine langfristige Lebensplanung zu ermöglichen.

gez. Torsten Jäger
Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP

gez. Pierrette Onangolo
AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V.

gez. Annika Kristeit
Aktiv für Flüchtlinge RLP